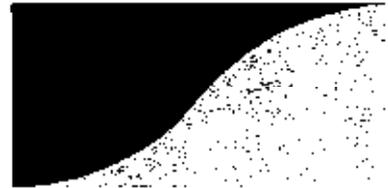


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Stephan Hilsberg MdB erinnert an die erste und zugleich letzte freie Wahl zur Volkskammer der DDR: Die SPD und der 18. März 1990.

Seite 1

### Dokumentation

Ziele und Wege der Parteiform "SPD 2000". Wir dokumentieren Auszüge aus dem Papier der Projektgruppe des Parteivorstandes. (Teil I)

Seite 4

48. Jahrgang / 53

18. März 1993

### Die SPD und der 18. März 1990

Von Stephan Hilsberg MdB

Ich habe selten einen solchen Katzenjammer erlebt, wie auf der Wahlfete der SPD am Abend der ersten und letzten freien Wahl zur Volkskammer der DDR. Auch mir krampfte sich das Herz zusammen, als ich als damaliger Geschäftsführer der Ost-SPD die erste Hochrechnung zu kommentieren hatte, und für die SPD lediglich knapp über 21 Prozent herausprangen. Nur wenige hatten dieses Ergebnis wirklich erwartet, noch weniger empfanden es als ein gutes Ergebnis. Zu groß waren die Erwartungen gewesen, zu viele Hoffnungen hatten sich an diese Wahl geknüpft. Die Folge war eine tiefe Niedergeschlagenheit.

Man soll mit Gefühlen nicht rechten. Dennoch muß Wert darauf gelegt werden, daß sie weder dem Wahlergebnis noch der Wahl als solcher gerecht wurden. Ich glaube vielmehr, daß die Sozialdemokratie sowohl auf ihren Anteil am Zustandekommen dieser Wahl als auch auf die 21,3 Prozent Wählerstimmen, die sie damals bekommen hat, stolz sein kann.

Am 18. März war die Ost-SPD wenig mehr als ein halbes Jahr alt. Wieviel Mitglieder sie damals hatte, ist nicht genau bekannt (Einhunderttausend wie Gerüchte es damals wissen wollten, waren es mit Sicherheit nicht.). Vermutlich hatten sich zwischen 30 und 40.000 Mitglieder in der Ost-SPD versammelt. Diese hatten keinerlei Erfahrung in organisatorischen Dingen, was trotz der großen Hilfe der West-SPD ein entscheidendes Handikap blieb, vor allen Dingen gegenüber den Parteien die fest im Parteiensystem der stalinistischen DDR verwurzelt waren.

Erstaunlicherweise hatte es im Vorfeld der Volkskammerwahl immer wieder demographische Untersuchungen gegeben, die der Ost-SPD ein sehr gutes Wahlergebnis bis hin zur absoluten Mehrheit voraussagten. In der Tat war die Ost-SPD zum Zeitpunkt ihrer Umbenennung von SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) in SPD im Januar 1990 wohl die populärste Partei in Ostdeutschland. So war beispielsweise Thüringen voll von Plakaten und Transparenten, die die Sozialdemokratie feierten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vom richtigen Umgang  
mit unserem Kuhnle-  
Ergebnis-Papier



Der Aufschwung, den damals die Sozialdemokratie in der DDR nahm, ließ bei manch einem die Glocken klingen. Hier waren unterschiedlichste Interessen berührt. Zum einen gab es da die alten Kommunisten, die ihre Macht erhalten wollten, während die Reformkommunisten ihre Stunde gekommen sahen. Und die alten Blockparteien entfalteten einen feierhaften Ehrgeiz, vermeintlichen Einfluß zu sichern und neuen, größeren zu erhalten. Nicht zuletzt gab es die großen Parteien in der alten Bundesrepublik, die sich eine Machtbasis in Ostdeutschland schaffen mußten. (Die beiden sozialdemokratischen Parteien hatten bereits im Dezember 89 eine Zusammenarbeit vereinbart, wodurch West-CDU und -FDP unter Druck gerieten.)

Sowohl SED (beziehungsweise SED-PDS) als auch die alten Blockparteien arbeiteten feierhaft an ihrer Erneuerung. Sie hatten dabei die schwierige Aufgabe zu lösen, den Geruch der alten stalinistischen Partei abzulegen und für die Demokratie als geeignet zu erscheinen. Den größten Erfolg konnte dabei wohl die CDU durch Ihre Anerkennung als Schwesterpartei seitens der Bundes-CDU und ihres Vorsitzenden Bundeskanzler Kohl verbuchen. Taktisch äußerst geschickt wurde die Bildung einer Allianz für Deutschland inszeniert. Dabei band die CDU zwei sehr kleine Parteien, den Demokratischen Aufbruch DA und die Demokratisch-Soziale Union DSU an sich, die den Vorzug hatten aus Mitgliedern zu bestehen, die vorher in der Regel parteilos waren.

Auch die Bundes-FDP sicherte sich ihre Bundesgenossen im Osten fast nach ähnlichem Strickmuster. Zwei alte Blockparteien, die ehemalige NDPD und LDPD und eine neue Partei, die kleine Forum-Partei, ursprünglich aus der Bürgerbewegung Neues Forum entstanden, vereinigten sich zur FDP.

Drei Ziele standen im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen:

1. Die Entmachtung der SED.
2. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.
3. Die Vertretung ostdeutscher Interessen.

Im Grunde stellte die Entmachtung der SED für die neugegründete SDP den Schlüssel für das Ende der Nachkriegszeit dar. Diese Entmachtung war die Voraussetzung für das Ende der SED-Diktatur in Deutschland, und zwar sowohl durch als auch für die Schaffung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse und last but not least die Überwindung der deutschen Teilung. Die SED setzte sich ihrer Entmachtung zwar mit allem was sie hatte entgegen, verwickelte sich aber in innere Machtkämpfe und Widersprüche. Die Reformkommunisten, die ihre Chance für gekommen sahen, versetzten ihrer Partei damit den Todesstoß. Die Macht der SED wäre eh angesichts des Volksaufstandes nur mit Militär aufrecht zu erhalten gewesen. Diese Option verfiel nicht mehr, nachdem Moskau glaubhaft versichert hatte, sich in die inneren Angelegenheiten der kommunistischen Satellitenstaaten nicht mehr einzumischen. Die SED und damit die DDR verloren ihre Schutzmacht, was ihr Ende vorwegnahm.

Dieses Ende war spätestens im Januar 1990 klar, die Ost-SPD war ihrem wichtigsten Ziel greifbar nahe, es ging eigentlich nur noch um die Besiegelung dieser Entmachtung.

Damit stand nun aber auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Tagesordnung, ein heißer Wunsch der Ostdeutschen und eines Großteils der Westdeutschen schien zum Greifen nah. Dieses Wunsches ohne Wenn und Aber nahmen sich nun die Alt-Blockparteien CDU und FDP unter der Führung ihrer bundesdeutschen Schwesterparteien an. Hierin sahen sie ihre Chance für die Deutschen in der DDR zu einer wählbaren Alternative zu den Sozialdemokraten zu werden und gleichzeitig ihre Vergangenheit in Bezug auf ihre Teilhabe der stalinistischen Machtverhältnisse in der DDR nicht mehr vorgeworfen zu bekommen.

Natürlich kann man fragen, warum sich die Ost-SPD nicht in der gleichen Weise dieses Themas der Vereinigung angenommen hat, wie es die Blockparteien taten? Der Grund liegt in der notwendigen Wahrung ostdeutscher Interessen. Die Sozialdemokratie in der DDR war sich bewußt, welche schlechten Karten die Ostdeutschen bekommen würden bei einer überstürzten Vereinigung. Heute weiß jeder, wie schlecht die ostdeutsche Wirtschaft nach 40 Jahren DDR inzwischen dastand, wie die öffentliche Infrastruktur verkommen war, Wohnungssubstanz vernichtet und die Umwelt in einem für

westdeutsche Verhältnisse kaum vorstellbaren Maß zerstört worden war. Durch eine überstürzte Vereinigung hätten sich die Ostdeutschen unter die Vormundschaft des stärkeren Teils Deutschlands begeben. (Wer das Geld gibt, bestimmt.) Nun muß man aber sagen, daß die Ostdeutschen schon die Verlierer des Zweiten Weltkrieges waren, aber das ganze Deutschland hatte ihn zu verantworten. Wir wollten nicht, daß die Ostdeutschen auch noch die Verlierer der Einheit würden.

Die Ost-SPD ging davon aus, daß die Deutsche Einheit zwangsläufig kommen würde und schon nicht mehr aufhaltbar war. Ihre Voraussetzungen waren geschaffen worden von den Menschen auf den Straßen der DDR. Niemand sonst außer den Deutschen in der DDR hätte ja die Bedingungen für die Deutsche Einheit schaffen können, und diese Bedingungen bestanden inzwischen. Im Grunde war die erste frei-gewählte Regierung der DDR in einer bewundernswert starken Position. Jeder Kanzler in der Bundesrepublik hätte 1990 die Realisierung der staatlichen Einheit akzeptieren müssen, selbst ein Lafontaine hätte daran vermutlich nichts ändern können. Insofern muß man in Frage stellen, ob die Deutsche Einheit wirklich eine Leistung von Helmut Kohl war, wie es ihm heute gerne angetragen wird. Sein Anteil ist dabei wohl eher das außenpolitische Geschick, aber auch hier ist zu fragen, ob die Siegermächte überhaupt noch groß die Vereinigung hätten aufhalten können? Und war Kohl zudem nicht in einer Situation, wo er jede Bedingung, die ihm von der DDR gestellt wurde, hätte annehmen müssen?

Aus dieser Analyse folgte die Ost-SPD für sich die Aufgabe, die Vereinigung anzustreben und gleichzeitig soviel wie möglich für die Ostdeutschen herauszuholen. Das war der Grund weshalb wir uns damals für die Vereinigung nach Artikel 146 Grundgesetz (GG) entschieden haben. Notwendig für eine solche Politik war aber ein gerüttelt Maß an Selbstbewußtsein gegenüber dem übermächtigen Westdeutschland. Dieses Selbstbewußtsein hatten immerhin 21,3 Prozent der ostdeutschen Wähler, was, wie sich herausgestellt hat, zuwenig war für eine wohlgeordnete Überwindung der deutschen Teilung. In der DDR existierten Ängste, verständlich nach den beiden deutschen Diktaturen und der komplizierten Situation der deutschen Teilung. Die ostdeutsche Sozialdemokratie muß sich heute die Frage gefallen lassen, ob sie mit diesen Ängsten anders hätte umgehen können. Daß sie aber in der damaligen Zeit ein besseres Wahlergebnis hätte erzielen können, glaube ich nicht.

Auch die Allianz für Deutschland, alias CDU und FDP, war die Notwendigkeit, etwas zur Sicherung ostdeutscher Interessen zu sagen, bewußt. Sie taten dies mit der einfachen Gleichsetzung von Vereinigung und Interessenvertretung, das heißt in der Vereinigung als solcher sahen sie die Interessen der Ostdeutschen am allerbesten aufgehoben. Ob es Renten, Entschädigungen, Wirtschaftskraft, Aufbau der Verwaltung, Rechtsstaat, demokratische Institutionen, Schulen, Forschung und so weiter war, immer hieß es bei der CDU: Seht Euch die Bundesrepublik an, so ist es in bälde auch in Ostdeutschland. Diese Gleichsetzung von deutscher Einheit und ostdeutscher Interessensvertretung fand ihren Ausdruck im angestrebten Ziel der Vereinigung, dem Anschluß nach Artikel 23 GG. Die Wähler in der DDR folgten dieser Argumentation indem sie der Allianz für Deutschland plus FDP die absolute Mehrheit besicherten. Daraus resultierte auch die Hintanstellung all jener Fragen, die mit der notwendigen Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur zusammenhänge, eine Altlast, an der wir noch lange zu tragen haben.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur PDS und zu den Bürgerbewegungen. Letztere wissen ja ein ziemlich breites Spektrum auf. Was sie vereinigte, war der Versuch einer neuen Form politischer Interessenvertretung. Weit mehr als die Sozialdemokraten traten sie mit einem ungeheuren Selbstbewußtsein an: "Wir sind die Macher der Revolution". Das reichte aber als Botschaft für die Gestaltung der Zukunft nicht aus, abgesehen davon, daß sie, die "Macher", die allerwenigsten Mitglieder hatten, weshalb ihnen auch nur ein ganz geringer Teil der Ostdeutschen ihre Stimme (2,3 Prozent) gaben.

Und die PDS war in Bezug auf die Deutsche Einheit nach Modrows "Deutschland einig Vaterland" im Vorfeld des Wahlkampfes eigentlich festgelegt. Dennoch spielte diese Losung dann überhaupt keine Rolle mehr. Statt dessen versuchte die PDS den Menschen klarzumachen, jetzt sei es nötig zu retten, was zu retten ist. Im Grunde erzeugte sie eine Untergangsstimmung. Nicht ganz 18 Prozent der Ostdeutschen gaben ihr am 18. März ihre Stimme.

Abgesehen von dieser politischen Konstellation ist es ganz interessant, sich die unterschiedlich starken Organisationen der damals handelnden Parteien anzuschauen:

Als gegen Ende Februar 89 die heiße Phase des Wahlkampfes begann, zählten die Nachfolgepartei der SED, die PDS, noch weit mehr als eine Million Mitglieder, die CDU hatte circa 140.000 Mitglieder und die FDP ebenfalls noch weit über 100.000. Zudem verfügten diese Alt-Parteien über eine ausgebaute Logistik, hauptamtliche Mitarbeiter, Häuser, Zeitungen, Fahrzeuge und so weiter und zum Teil erhebliche Finanzmittel, so daß sie von ihrer organisatorischen Schlagkraft her der Ost-SPD weit überlegen waren. Dies bildete die materielle Basis für einen äußerst hart geführten Wahlkampf, dem die Ost-SPD mit ihren knapp 30 Tausend Mitgliedern ohne Infrastruktur, Telefone, Logistik und so weiter nichts entgegenzusetzen hatte. Insofern glaube ich auch nicht, daß eine stärkere Unterstützung der West-SPD ein wesentlich besseres Ergebnis gebracht hätte.

Auch war das Abschneiden der Ost-SPD eigentlich keine Überraschung: Jeder der sich am Wahlkampf aktiv beteiligte und durch das Land reiste, konnte den Stimmungsumschwung in Sachsen/Thüringen und Mecklenburg/Vorpommern beobachten. Zu den Kundgebungen von Willy Brandt kam nur ein Bruchteil der Menge die Kohl zujubelte.

Festzuhalten bleibt, der 18. März 1990 ist und bleibt der Tag, an dem sich die Ostdeutschen mit überwältigender Mehrheit für Demokratie, Rechtsstaat und die Deutsche Einheit entschieden, wo sie sich zu Freiheit und Selbstbestimmung bekannten, alles dem Wesen nach sozialdemokratische Ziele und Werte. Deshalb ist das Wahlergebnis für die SPD kein Grund zu trauern. Für eine Partei, die 43 Jahre verboten war und verfolgt wurde, die gerademan ein halbes Jahr wieder existierte, hat die Ost-SPD ein gutes Ergebnis erzielt.

(-/18. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Ziele und Wege der Parteireform "SPD 2000" (Teil I)

Die Mitgliederpartei der Zukunft braucht eine moderne Organisation  
(vorgelegt von der Projektgruppe "SPD 2000" des Parteivorstandes)

#### I. LEITIDEEN DER PARTEIREFORM

Unsere Welt und die Aufgaben der Politik werden zunehmend komplexer. In einer sich schnell wandelnden Gesellschaft müssen Politik und Parteiarbeit den aktuellen und erwartbaren Aufgaben überzeugend begegnen. Dauerhafte Versäumnisse gefährden die politische Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft und das Vertrauen in Politik und Parteien.

Wir wollen die SPD im Westen als große Mitgliederpartei erhalten und in den neuen Bundesländern aufbauen. Die SPD soll sich nicht zu einem Wahlverein für Abgeordnete entwickeln, der sich lediglich hauptberuflicher Politmanager bedient.

- \* Die SPD soll in unserer Gesellschaft Forum und Faktor der politischen Willensbildung sein sowie zwischen staatlichen und kommunalen Handlungsebenen und den Interessen der Bürger vermitteln.

Wir suchen die sensible Verbindung zum Alltag der Bürger, um so unmittelbar an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzunehmen. Wir öffnen unsere Arbeit für Nichtmitglieder und neue politisch engagierte Gruppen - zum Beispiel in Form von Projektarbeit und "Bürgerdialog". Wir beziehen externen Sachverstand ein.

\* Wir wollen auch einzelne herausragende Experten oder Vertreter sozialer Gruppen als Repräsentanten für unsere Partei in den Räten und Parlamenten gewinnen, die nicht den Gang durch die Parteinstitutionen hinter sich haben.

Wir schaffen den "Seiteneinstieg" in die Räte und Parlamente, ohne die bisherigen formellen Regelungen für die Personalauswahl außer Kraft zu setzen: Der Parteivorstand der jeweiligen Ebene soll ein Vorschlagsrecht für die Besetzung von mindestens 2 der ersten 10 aussichtsreichen Listenplätzen erhalten.

\* Es gilt, die Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Mitgliedern zu erweitern.

Wir führen die Möglichkeit ein, Kandidatinnen und Kandidaten für Kommunalvertretungen, Landtage und den Bundestag per Urwahl zu bestimmen. Durch satzungsgemäßen Beschluß der jeweiligen Organisationsebene soll 2 Jahre vor einer Wahl entschieden werden, ob die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten auf Versammlungen aller Mitglieder oder nach dem Delegiertenprinzip erfolgt.

\* Die politische Handlungsfähigkeit der Partei und die kommunikative Überzeugungskraft der haupt- und ehrenamtlichen Funktionsträger müssen modernen Anforderungen entsprechen: Handlungsorientierte Kommunikation ist moderne Politik.

Wir entwickeln eine systematische Bildungsinfrastruktur mit breiten und aktuellen Angeboten zur Qualifizierung. Dabei haben all jene Bereiche besonderes Gewicht, die der Kommunikation in der Partei sowie zwischen Partei und Wählern dienen.

\* Die hauptamtliche Arbeit bei der SPD darf nicht zu einer beruflichen Sackgasse werden.

Die Aus- und Weiterbildung der Hauptamtlichen wird auch dazu beitragen, daß deren Tätigkeit für die Partei den Weg zur weiteren beruflichen Entwicklung öffnet ("Organisationsmanager").

\* Wir wollen in der Öffentlichkeit erfolgreich um Zustimmung für unsere Politik ringen. Um auf dieser Bühne zu bestehen, muß die Parteiführung auf den jeweiligen Ebenen professionell, d.h. handwerklich auf der Höhe der Zeit kommunikativ arbeiten.

Die entsprechenden Qualifizierungs- und Trainingsprogramme werden intensiviert. Unsere Infrastruktur für die Kommunikation nach innen und außen wird auf dem Standard moderner Medienentwicklung gebracht.

\* Es gilt, unsere Arbeitsstruktur und Kommunikationsfähigkeit so zu entwickeln, daß die SPD auch künftig Mitglieder gewinnen und motivieren sowie Wahlen gewinnen kann.

Wir gestalten unsere interne Infrastruktur unter konsequenter Nutzung neuer Technologien so effizient wie möglich. Wir entwickeln die "Baracke" zu einer modernen und leistungsfähigen Dienstleistungseinheit für die Partei mit einem umfassenden Angebot für Betreuung, Beratung, Erfahrungsaustausch, Information und Kommunikation.

\* Wir wollen die Motivation der Mitglieder für die Parteiarbeit fördern: Das Engagement in der SPD soll Spaß machen und attraktiv sein.

Foren, Kulturveranstaltungen, öffentliche Versammlungen, Seminare, Dispute, Besuche und Initiativen im Stadtteil, Projektgruppen zu ausgewählten politischen Zielen und Inhalten, Arbeitsgruppen für Computer-, Presse- oder Videoarbeit und Befragungsprojekte sind interessante Angebote für die Beteiligung von Mitgliedern.

#### **ERNEUERUNG DER PARTEIORGANISATION**

#### **IV. INNERPARTEILICHE DEMOKRATIE UND ÖFFNUNG DER PARTEI**

- o Das Prinzip der politischen Willensbildung von unten nach oben ist lebensnotwendig für eine demokratische Partei. Wesentliches Motiv, in einer Partei mitzuarbeiten, ist der Wunsch nach politischer Einflußnahme. Dieses Bedürfnis muß auch für das Parteimitglied ohne Parteifunktion erkennbar befriedigt werden. Das bedeutet: Die Beschlüsse der Partei müssen auf allen Ebenen von Funktions- und Mandatsträgerinnen und -trägern nach außen vertreten und soweit wie möglich in praktische Politik umgesetzt werden.
- o Die gestiegenen Wünsche nach politischer Beteiligung müssen zu einer Öffnung der Partei in zwei Richtungen führen: Zum einen geht es darum, Nichtmitglieder stärker in die Parteiaktivitäten einzubeziehen, und zum anderen sollen Mitglieder bessere Chancen zur Mitarbeit und mehr Entscheidungsrechte bekommen. Vorhandene "Kontaktschwellen" zur Partei müssen systematisch verringert und die unterschiedlichen individuellen Interessen und Zeitspielräume berücksichtigt werden.
- o Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen verstärkt in Initiativen und Bewegungen mitarbeiten, um als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger fungieren zu können. Die SPD hat nicht nur politische Orientierungen zu vermitteln, sie will auch ein Forum für offene Bürgerdialoge sein. Die Organisation von offenen Foren und die Verbindung von Politik und Kultur bewirken, daß Politik mehr Spaß macht und interessierte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit erhalten, ihr Wissen und ihre Interessen in die Willensbildung der SPD einzubringen. Vertreterinnen und Vertreter befreundeter Organisationen sollen in die Vorstandsarbeit einbezogen werden. Die Partei muß sich in ihrer ganzen Arbeitsweise den Lebens- und Arbeitswelten der Bürgerinnen und Bürger öffnen.

Mitgliederversammlungen können zum Beispiel durchaus in Form von Besuchen ortsansässiger Betriebe oder von Initiativen erfolgen. In den Ortsvereinen sollen mindestens 4 Versammlungen pro Jahr stattfinden. Es können Versammlungen stattfinden, bei denen Nichtmitglieder Antragsrecht haben.

- o Die Berücksichtigung von Expertenwissen wird für die Bestimmung politischer Positionen immer wichtiger. Dabei ist es ebenso von Bedeutung, externes Wissen in die Partei einzubeziehen, wie die vorhandenen Kompetenzen der Mitglieder zu aktivieren. Hierzu empfiehlt sich die Veranstaltung von Foren und die Einrichtung themenspezifischer Projektgruppen (zum Beispiel Soziale Fragen, Wohnungsnot, Ökologie, Ausländerintegration, Rechtsradikalismus, Strukturpolitik und Nord-Süd-Problematik), an deren Arbeit sich auch Nichtmitglieder beteiligen können. Die Projektgruppen können auf den unterschiedlichen Ebenen der Organisation eingerichtet werden und sollen Antrags- und Rederecht zu ihrem Themenbereich erhalten.
- o Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften der Partei ist es, spezifische Bevölkerungsgruppen anzusprechen, deren Interessen zu artikulieren und zu versuchen, sie für die SPD gewinnen. Darüber hinaus sollen die "Facharbeitsgemeinschaften" spezifischen Sachverstand für die Parteiarbeit nutzbar machen und einbeziehen.

An der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften sollen sich auch Nichtmitglieder beteiligen können. Die Übernahme von Funktionen soll jedoch weiterhin an die Mitgliedschaft gekoppelt bleiben. Die Arbeitsgemeinschaften sollen auf der jeweiligen Organisationsebene das Antragsrecht erhalten.

- o Die Öffnung der Partei für Nichtmitglieder soll sich auch bei der Vergabe von Mandaten niederschlagen können.

Es wird auch weiterhin auf kommunaler Ebene Listen für Wahlen geben, auf denen Nichtmitglieder kandidieren.

Es erweist sich häufig als erforderlich, von der Partei benötigte Expertinnen und Experten oder Vertreterinnen und Vertreter sozialer Gruppen als Repräsentanten zu gewinnen. Es muß die Möglichkeit für einen "Seiteneinstieg" geben, ohne die bisherigen Regelungen bei der Personalauswahl außer Kraft zu setzen. Deshalb soll der Parteivorstand der jeweiligen Ebene ein Vorschlagsrecht für die Besetzung von mindestens 2 der ersten 10 aussichtsreichen Listenplätze erhalten.

- o Aktive Funktionsträgerinnen und Funktionsträger und Mitglieder sind unerlässlich für gute Wahlergebnisse, für die Wirksamkeit von Kampagnen und um neue Mitglieder zu werben. Neumitglieder sind besonders dann für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen, wenn sie beim "ersten Kontakt" persönlich angesprochen werden; besondere Veranstaltungen oder Seminare für neue Mitglieder haben sich als erfolgreiche für deren Integration erwiesen. Die aufnehmende Gliederung muß sich innerhalb von 4 Wochen mit dem Neumitglied in Verbindung gesetzt und über den Aufnahmeantrag entschieden haben, sonst entscheidet der Vorstand des zuständigen Unterbezirks.
- o Um die Bindung der Mitglieder an die Partei zu verbessern, bedarf es neben differenzierten Angeboten zur Mitarbeit (z. B. Projektgruppen) auch zusätzlicher Möglichkeiten, Entscheidungen zu beeinflussen. Die stärkere Beteiligung von Mitgliedern an der politischen Diskussion kann in Form von Versammlungen, auch Mitgliedervollversammlungen auf höheren Organisationsebenen (Unterbezirk, z. T. sogar Bezirk) erfolgen. Dezentrale Mitgliederzeitungen, die für Meinungsäußerungen der Mitglieder offen sind, sind ebenso sinnvoll wie die Nutzung elektronischer Medien.
- o Derzeit ist nach Parteiengesetz eine Urabstimmung möglich. Vorstellbar sind Urabstimmungen, die durch "Mitgliederbegehren" herbeigeführt werden.

Um die Möglichkeit für Urabstimmungen zu prüfen, haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben.

- o Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalparlamente, die Landtage und den Bundestag in Urwahl durch Mitgliederversammlungen zu bestimmen, ist eine Möglichkeit, die Entscheidungsmöglichkeiten der Mitglieder zu erhöhen. Die Sozialdemokraten in Österreich und Israel erproben, die Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung direkt durch die Mitglieder vornehmen zu lassen.

Durch satzungsgemäßen Beschluß der jeweiligen Organisationsebene soll 2 Jahre vor einer Wahl entschieden werden, ob die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten auf Versammlungen aller Mitglieder oder nach dem Delegiertenprinzip erfolgt.

Wird das Delegiertenprinzip beibehalten, so sind die Vorstände verpflichtet, Termine und Fristen für die Wahlen in der Regel 3 Monate vor der Entscheidung bekannt zu geben, damit mehrere Bewerbungen um das Mandat aus dem Kreise der Mitgliedschaft möglich sind. Die Befragung und Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten soll in den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine erfolgen, die auch Empfehlungsvoten für die Delegiertenversammlungen abgeben.

- o Am Prinzip der dauerhaften Mitgliedschaft wird festgehalten. Eine von vornherein zeitlich begrenzte Mitgliedschaft bringt keine erkennbaren Vorteile.

Der Ortsverein ist nach wie vor der zentrale Ort der Parteiarbeit. Das **Wohnortprinzip** wird beibehalten. Ausnahmen bei der Zuordnung zu Ortsvereinen sollen durch Unterbezirksvorstände möglichst großzügig gehandhabt werden. Empfehlungen für die "ideale Größe" eines Ortsvereins können nicht gegeben werden.

Für jeden Ortsverein muß es mindestens ein Grundmandat auf dem Unterbezirksparteitag geben. An der Delegiertenberechnung auf Basis der Mitgliederzahlen soll festgehalten werden. Die durchgängige Einführung eines Bonussystems auf Basis von Wahlergebnissen würde zu einer erheblichen Komplizierung ohne erkennbare Vorteile führen.

- o Die Arbeit von Parteigremien muß so gestaltet werden, daß die Wahrnehmung von Parteiämtern auch für Ehrenamtliche ohne Einschränkungen möglich ist. Mindestens ein Drittel der Vorstandsmitglieder der jeweiligen Ebene sollen kein Mandat auf gleicher oder höherer Ebene innehaben. Die Trennung von Parteiämtern und parlamentarischen Mandaten soll nicht festgeschrieben werden.

Amtszeitbegrenzungen für die Wahrnehmung von Mandaten sollen satzungsmäßig nicht festgelegt werden. Es ist wichtig, in allen Gliederungen für die Einhaltung der Verhaltensregeln zu sorgen, die Bestandteil des Organisationsstatuts sind.

- o Wir wollen neue Formen der Parteiarbeit einüben: politisches Engagement soll Spaß machen und attraktiv sein. Foren, Kulturveranstaltungen, öffentliche Versammlungen, Seminare, Dispute, Besuche und Initiativen im Stadtteil, Projektgruppen zu ausgewählten politischen Zielen und Inhalten, Arbeitsgruppen, um Presseerklärungen, Zeitungen oder Videofilme zu fertigen, sind interessante Angebote für die Beteiligung von Mitgliedern. Im Rahmen der Parteistudie gaben 14 Prozent der Befragten an, daß sie gerne in einem Computer-Club mitarbeiten würden (in der Altersgruppe der 16-44jährigen liegt der Anteil über 20 Prozent).

Befragungsprojekte haben sich als erfolgreiches Instrument zur Verbesserung der Parteiarbeit erwiesen. Mit der Entwicklung eines Fragebogens, der Durchführung und Auswertung der Befragung und der politischen Diskussion der Ergebnisse mit den Befragten ist eine erhebliche Aktivierung verbunden.

Die Durchführung von Zukunftswerkstätten soll insbesondere auf der Ebene der Unterbezirke intensiviert werden. Die systematische Bestandsaufnahme einer Situation, die Freisetzung aller Kreativität zur Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen und die gründliche Erarbeitung realisierbarer Veränderungen haben sich als ausgesprochen hilfreich und motivationsfördernd erwiesen.

(/18. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

(Teil II erfolgt in unserer morgigen Ausgabe)